

## **Darf es ein bißchen DDR sein?**

Wie man in der BRD sozialistische Erfahrungen verleugnet und nutzt

Im vergangenen Jahr erschien ein Buch mit dem Titel „Das Kapital, ein Plädoyer für den Menschen“, das es schnell auf die Bestsellerliste brachte. Der Autor ist Reinhard Marx, Erzbischof von München und Freising. Bewußt knüpfte er an das dreibändige Werk von Karl Marx an, der 1883 starb und dessen „Kapital“ inzwischen angesichts der hierzulande grassierenden Krisen und Pleiten wieder als begehrteter Lesestoff und zugleich als Vermächtnis, nicht aber aus Nostalgie, auf großes Interesse stößt.

Der Erzbischof zitiert in einem „Spiegel“ - Interview (Nr. 44/2008) u. a. einen Grundgedanken aus der Enzyklika „Centesimus annus“ von Johannes Paul II. Dort heißt es: „Wenn der Kapitalismus die Grundprobleme der Gerechtigkeit, der Solidarität, der Freiheit des Menschen nicht wirklich löst, sondern Gräben neu aufgerissen werden, dann kommen die alten Ideologien wieder.“ An anderer Stelle liest man: „Wir stehen alle auf seinen Schultern (gemeint ist Karl Marx), weil wir uns in der Geschichte und Geistesgeschichte an ihm abarbeiten - positiv oder negativ. In seiner Analyse der Situation im 19. Jahrhundert kommt Marx auf viele Punkte, die unbestritten sind.“

Nicht, daß ausgerechnet Erzbischof Marx dem Marxismus in irgendeiner Weise das Wort redet. Vielmehr warnt er davor, daß die Erkenntnisse von Karl Marx eine Renaissance erleben könnten. Damit regt er die Leser seines Buches zum Nachdenken über Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft an. Genau das tun viele frühere Bürger der DDR. Wenn sie ihr Wissen um das Leben dort - die positiven, aber auch die negativen Erfahrungen - als Erbe in die Gestaltung der Gesellschaft zwei Jahrzehnte nach dem Anschluß dieses Staates an die BRD einbringen wollen, werden diese als Nostalgie abgetan, ignoriert und totgeschwiegen.

So geschieht es in den Medien und Fachzeitschriften zum Beispiel mit den in fast 40 Jahren zusammengetragenen Untersuchungsergebnissen zur Betreuung von Kleinkindern.

Die interdisziplinäre Forschungsarbeit, die Erprobung der Ergebnisse in der Praxis der Krippen, den Gesundheitszustand und die Entwicklung der Kinder betreffend, begann in den 50er Jahren. Die schon in der ersten Dekade nach dem Krieg unternommenen Versuche, die Vorschulbetreuung aufzubauen, wurden in den folgenden Jahrzehnten systematisch für Stadt und Land, also flächendeckend, vertieft. Soziale und ökonomische Erfordernisse drängten auf die schnelle Schaffung eines Netzes der Krippen und Kindergärten, wobei Fehlschläge und Unzulänglichkeiten auftraten.

Untersuchungen über den Entwicklungsstand der Krippenkinder durch Mediziner, Psychologen, Pädagogen und Krippenpersonal führten zu Erkenntnissen, wo es die meisten Probleme bei der ganztägigen Betreuung gab. Die Forschungsschwerpunkte wurden formuliert, bearbeitet und die Ergebnisse in die Praxis überführt. So entstand, dem Wissensstand jener Zeit entsprechend, bereits 1956 ein Buch mit dem Titel „Die Pflege und Erziehung unserer Kinder in Krippen und Heimen“. 1958 folgte der „Leitfaden für die Erziehung in Krippen und Heimen“, der allen Einrichtungen als Arbeitsgrundlage diente. Untersuchungen zum Tagesablauf, zum Spiel, zur musischen Erziehung, zur Spracherziehung in den einzelnen Altersgruppen waren dann Grundlage für das Buch „Pädagogische Aufgaben und Arbeitsweise in Krippen“. Es trug den Untertitel „Diskussionsgrundlagen zu einem Erziehungsprogramm für Kinder in Krippen“. Dieses Werk erlebte zahlreiche Neuauflagen. Es wurde 1985 durch das vom Ministerium für Gesundheitswesen

herausgegebene „Programm für die Erziehung in Krippen" abgelöst. Alle bis dahin erzielten Resultate zahlreicher interdisziplinärer Studien flössen ein und machten die Krippen zu anerkannten, erwünschten und nicht wegzudenkenden Einrichtungen für die Pflege und Erziehung der Kinder bis zu drei Jahren.

Parallel zu diesen Bildungsprogrammen wurden Lehrbücher für die Aus-, Weiter- und Fortbildung von Personal mit dem spezifischen Berufsbild „Krippenerzieherin" erarbeitet und in den Fachschulen eingeführt. Das Hochschulstudium zum Diplom-Pädagogen war ebenfalls möglich. Die Kinderbetreuung bildete ein Netzwerk, in dem sich die genannten Einrichtungen in Zusammenarbeit mit Eltern, Ärzten und Fürsorgerinnen um das Wohlergehen der Kinder kümmerten und das einen wesentlichen Bestandteil des Lebens junger Familien darstellte. Wer glaubte, daß nach den offiziellen Forderungen der Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend nach Aufbau von Betreuungsmöglichkeiten für Kinder unter drei Jahren zu Beginn des 21. Jahrhunderts auf die langjährigen Erfahrungen der DDR zurückgegriffen würde, irrte sich. Im Positionspapier der Deutschen Gesellschaft für Sozialpädiatrie und Jugendmedizin (DGSP) „Qualitätskriterien zur institutionellen Betreuung von Kindern unter drei Jahren (Krippen)" wird wiederum behauptet, es gäbe kaum Studien zu dieser Thematik in Deutschland. Im Literaturverzeichnis und Quellen-nachweis findet sich keine einzige Angabe zu Autoren der DDR, obwohl von diesen auch nach 1990, also für alle verfügbar, Material zu der hier behandelten Problematik publiziert wurde. Man hat dieses Erbe verspielt, das Vermächtnis offiziell nicht angenommen.

Zurück zur DDR. Die Krippen waren eingebettet in das Netz der staatlichen Fürsorge für alle Kinder von der Geburt bis zur Schulent-lassung. Grundlage der Vorsorge war die „Arbeitsanleitung zur periodischen gesundheitlichen Überwachung der Kinder und Jugendlichen im Alter von 0 bis 18 Jahren" - ein Standard-programm. In ihm legte man Termine und Inhalte ärztlicher Unter-suchungen und fürsorgerischer Tätigkeit genau fest. Die Untersuchungs-ergebnisse wurden regelmäßig ausgewertet und territorial wie zentral entsprechende Schluß-folgerungen gezogen. Eine individuelle Dokumentation begleitete das Kind vom ersten Tag seines Lebens bis zur Berufsausbildung. So konnte in der DDR durch die Zusammenarbeit von der Schwangerenberatungsstelle über die Geburtsklinik, die Mütterberatungen, die Krippen und Kindergärten und den Kinder- und Jugendgesundheitsschutz eine fast lückenlose Informationsübermittlung erfolgen. Dadurch war gewährleistet, daß Gesundheit und Entwicklung aller Kinder in regelmäßigen Abständen überprüft wurden und bei gesundheitlichen, erzieherischen und/oder sozialen Auffälligkeiten entsprechende Maßnahmen zur Förderung oder Stabilisierung zum Tragen kamen. Gefahren wie Verwahrlosung, Mißhandlung oder sogar Kindstötung konnten auf diese Weise rechtzeitig erkannt und weitestgehend ausgeschlossen werden. Ab 1990 wurde dieses gut funktionierende Netzwerk als angeblicher Eingriff in die persönliche Freiheit der Familien durch staatliche Kontrollen in Verruf gebracht und teilweise zerschlagen. Die Mütter Beratungen wurden auf ein Mindestmaß zurückgefahren, der Kinder- und Jugendgesundheitsschutz als öffentlicher Gesundheitsdienst - und damit auch das gut ausgebildete Fachpersonal - erheblich reduziert. Von nun an übernahmen die nieder-gelassenen Kinderärzte/ Hausärzte, wie in der alten BRD seit eh und je üblich, die präventiven Aufgaben. Das Zusammenwirken der verschie-densten Institutionen entfiel im wesentlichen, von einer Fortsetzung der umfassenden und kontinuierlichen Betreuung blieb nichts übrig. Die Gesamtverantwortung für den Schutz der Gesundheit der Kinder liegt jetzt in der Hand der Eltern, welche die durchaus vorhandenen Angebote (Untersuchungen, Impfungen usw.) annehmen

können, aber nicht müssen. Eine Ausnahme bildet lediglich die Schulanfängeruntersuchung.

Die Zunahme an Kinderverwahrlosung, Mißhandlung und Tötung, durch die Medien jedem vor Augen geführt, ließ Eltern, Erzieher, Sozialarbeiter und Ärzte aufhorchen. Sie schlugen Alarm. An zahlreichen Orten wurden in der Regel unter Federführung von Kinderärzten sogenannte Netzwerke ins Leben gerufen, in denen sich ehrenamtliche Helfer um das Wohlergehen von Säuglingen und Kleinkindern kümmern, wobei sie den jungen Familien mit Rat und Tat zur Seite stehen. Auch zuständige Stellen der Bundesregierung arbeiten an einem Kinderschutzgesetz. Man soll also die Hoffnung nicht aufgeben, daß so mancher verschüttete Schatz - wenn auch unter anderen Vorzeichen - wieder gehoben wird.

Das Erbe der DDR wirkt weiter. Wir wollen das u. a. auch am Beispiel der ärztlichen Versorgung der Bevölkerung in Deutschland deutlich machen. Sie ist vielfältig. Neben den verschiedenen Einrichtungen zur ambulanten medizinischen Versorgung bestehen seit 2004 in zunehmendem Maße Medizinische Versorgungszentren (MZV), für welche die Polikliniken der DDR nach Ansicht von Angela Mißbeck („Berliner Ärzte" 11/2008) Pate gestanden haben. Polikliniken waren öffentliche Einrichtungen in organisatorischer Verbindung mit Krankenanstalten oder selbständiger Art, deren Aufgaben in der Verhütung, Erkennung und Behandlung von Krankheiten bestanden. Eine Poliklinik verfügte wenigstens über Abteilungen für innere Medizin, Chirurgie, Gynäkologie und Geburtshilfe, Kinderheilkunde und Zahnheilkunde sowie über Röntgendiagnostik, klinisches Labor, elektrophysikalische Abteilung, Apotheke und Medikamentenausgabestelle. Neben den Polikliniken bestanden Stadt und Landambulatorien, die wenigstens eine oder mehrere Fachabteilungen, Röntgendiagnostik und ein klinisches Labor besaßen.

In den Polikliniken, Ambulatorien und in staatlichen Arztpraxen arbeiteten festangestellte Mediziner und weiteres Fachpersonal zum jeweils geltenden Tarif. Von Nutzen für die Patienten war, daß sie fachübergreifend zusammenwirkten, wenn sich das als erforderlich erwies. Die technischen Mittel wurden gemeinsam genutzt. So konnten die knappen materiellen und personellen Ressourcen rationell eingesetzt werden. Die Polikliniken sicherten großen wie kleinen Patienten eine rasche Erreichbarkeit medizinischer Einrichtungen. Mehrfachuntersuchungen konnten meist vermieden werden. Mit dem Anschluß der DDR an die BRD wurden diese Errungenschaften bis auf wenige Ausnahmen (zum Beispiel in Berlin und Brandenburg) zugunsten privater Niederlassungen mit großem finanziellem Aufwand für die Ärzte liquidiert. Auch die für prophylaktische Aufgaben zuständigen Organe des öffentlichen Gesundheitsdienstes wie Schwangeren- und Mütterberatungen und Betreuung der Vorschul- und Schulkinder, die in der Regel eng mit den Polikliniken zusammenarbeiteten, wurden stark reduziert.

Die seit 2004 geschaffenen Medizinischen Versorgungszentren, deren Anzahl für Berlin am 31. 3. 2008 mit 110 angegeben wurde, sind von unterschiedlicher Größe und Beschaffenheit. Sie sollen die Betreuung der Behandlungsbedürftigen durch patientenfreundliche Öffnungszeiten, den Zugriff auf eine gemeinsame digitale Patientenakte mit Untersuchungs- und Laborbefunden sowie Therapien verbessern. Diese Zentren können zwar nicht die Polikliniken ersetzen, stellen aber den Anfang einer zentralisierten Patientenversorgung dar und wirken vielleicht auch dem Irrsinn der Anschaffung teurer Geräte in jeder Praxis allmählich entgegen. In einem kapitalistischen Staat können die Polikliniken nicht als Erbe des Sozialismus zum System werden. Aber ein wenig Erbmasse dürften sie schon liefern.

Ähnlich verhält es sich mit Gemeindeschwestern, die in einigen ländlichen

Bereichen Brandenburgs in einem Projekt tätig wurden. Noch ist ungewiß, ob und wie diese wichtigen Helfer der Ärzte weiterhin bezahlt werden. Erfahrungen über ihre Aufgaben und ihre Ausbildung liegen ja vor. Bereits 1949 gab es auf dem Territorium der DDR 2400 Gemeindeschwestern-Stationen, deren Zahl bis 1989 auf 5585 anwuchs. Gemeindeschwestern unterstützten die Ärzte umsichtig und sachkundig. Sie waren zugleich wichtige Bezugspersonen für die Bevölkerung des jeweiligen Territoriums. Es versteht sich, daß diese Einrichtungen nach 1990 ebenfalls aufgelöst wurden. Die genannten Ansätze zu Veränderungen im positiven Sinne stimmen vorsichtig optimistisch. Auch dem Erzbischof Reinhard Marx dürfte nicht verborgen bleiben, daß sich neue Keime entwickeln, die - was Inhalte, gesellschaftliche Verantwortung, Eintreten für soziale Gerechtigkeit und ethische Grundstimmung betrifft - durchaus an alte Ideologien erinnern. Der geistliche Herr meinte im Interview: „Ja, wir brauchen eine gestaltete Marktwirtschaft, nicht die Revolution. Wir müssen die einfachen Fragen stellen: Was dient dem Menschen? Steht der Mensch im Mittelpunkt? Wie bekommt er Arbeit, wie Ausbildung? All das sind Dinge, die nicht über Märkte zu regeln sind. Ich wundere mich, wie diese Dinge verlorengelassen konnten.“ In Rückbesinnung auf Karl Marx und die Bestrebungen in verschiedenen Teilen der Welt, sozialistische Gesellschaften zu entwickeln und zu stabilisieren, aber auch eingedenk der in Europa erlittenen Niederlage sollten wir die Erfolge nicht vergessen. Sie könnten den Grundstock dafür bilden, dereinst zu Gesellschaftsformen zu finden, die in allen Bereichen den Menschen und nicht die Ware, das Geld und das Privateigentum als Mittelpunkt sehen. So verstehen wir als Zeitzeugen und Autoren (eines gleichnamigen Sammelbandes, d. Red.) das „Vermächtnis DDR“ an die Nachgeborenen.

*Prof. Dr. med. Gerda Niebsch, Dr. med. Christa Grosch*